

European Forum Wachau, 13th June 2015

“Has Europe reached its limits? Reflections on Europe’s future role on the global stage”

Projev Andrej Babiš NJ

Místo konání: Stift Göttweig, Austria

Euer Gnaden, Hochwürdigster Herr Abt, sehr geehrter Herr Landeshauptmann und sehr geehrter Herr Außenminister,

in Österreich habe ich viele Freunde und ich danke Ihnen sehr für die Einladung zum Europa-Forum Wachau und an einen so schönen Ort wie dem Benediktiner Stift Göttweig.

Mein bescheidenes Deutsch habe ich vom österreichischen Fernsehen gelernt, als ich in Bratislava aufwuchs. In meiner Funktion habe ich Österreich bereits drei Mal besucht und mit Herrn Minister Schelling habe ich ausgezeichnete Beziehungen – wir kämpfen in Europa gemeinsam gegen Steuerhinterziehung.

Gestatten sie mir zunächst damit zu beginnen, Ihnen eine kurze Einführung über unsere politische Bewegung zu geben, die Teil der tschechischen Regierung ist. Und gestatten Sie mir auch zu sagen, dass es eine Ehre ist, uns hier an diesem schönen Ort namens Wachau zu repräsentieren. Zu Beginn möchte ich sagen, ich kann mir vorstellen, dass Sie eine Reihe von Mythen und Unwahrheiten gehört haben, und ich werde diese gerne widerlegen.

Wahr ist, dass wir definitiv keine traditionelle Partei im tschechischen Kontext sind - zum Glück. Die traditionellen Parteien in der Tschechischen Republik sind zu festgefahrenen Strukturen geworden, die von Klientelismus beherrscht werden und oft an der Eintreibung

von Bestechungsgeldern, Prozenten und Schutzgeldern beteiligt sind, statt ihre Wahlversprechen einzuhalten und sich mit den realen Problemen von heute auseinanderzusetzen. In diesem Sinne ist die ANO weder traditionell noch möchten wir es sein. Wenn eine korrupte Umgebung und ein nicht transparentes Beschaffungswesen zu einer tschechischen Konstante oder zu einem System geworden sind, dann sind wir froh darüber, gegen ein solches System zu sein.

Man sagt, dass wir eine populistische Partei sind, und deswegen möchte ich hier in dieser Hinsicht betonen, dass wir in der Tat „Ano – bude líp“ heißen, was auf Deutsch so viel bedeutet wie „Ja, es wird besser“. Wir möchten es versuchen, ohne die Verschwendung öffentlicher Gelder, die Anhebung von Steuern, Lügen, die Tolerierung von Diebstahl und mit einer wohl durchdachten Vision für den Staat, die Gesellschaft und die Wirtschaft.

Unsere Bewegung ist pro-Europa eingestellt - wir sind stolz darauf, die EU-Kommissarin Věra Jourová oder ein so präzentes Mitglied des Europaparlaments wie Pavel Telička, ehemaliger EU-Kommissar und derzeit Vizepräsident der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE), in unseren Reihen zu haben.

Die bloße Tatsache, dass ein Geschäftsmann in die Politik geht bedeutet nicht, dass er eine Art Oligarch ist und dies nur für seine eigenen Interessen tut.

Ich habe meine Unternehmen über eine lange Zeit hinweg, in mehr als 22 Jahren aufgebaut. Ich habe 1993 mit 4 Mitarbeitern angefangen und jetzt beschäftigt mein Unternehmen 35.000 Menschen. Ich bin einer der größten Steuerzahler in der Tschechischen Republik und ein bedeutender Steuerzahler und Arbeitgeber in Deutschland, Ungarn und in der Slowakei. Kein anderer wird von den Medien und der Opposition in der Tschechischen Republik so beachtet wie ich. In den USA ist es für Geschäftsleute ganz normal, in die Politik zu gehen. So wie zum Beispiel der ehemalige Bürgermeister Michal Bloomberg oder Präsident Jimmy Carter. Auch hier in Europa ist das immer häufiger der Fall wie beispielsweise in Finnland und in der Slowakei. Selbst der österreichische Finanzminister und Freund von mir, Hans

Jorg Schelling, war in der Wirtschaft tätig.

Ist Europa an seine Grenzen gestoßen?

Zunächst einmal möchte ich sagen, dass ich ein starker Unterstützer der Europäischen Union bin. Ich glaube, dass für mein Land die Mitgliedschaft in der EU von großem Vorteil ist. Unsere Unternehmen haben einen riesigen Markt zu Verfügung, neue Investitionen sind in die Tschechische Republik geflossen, wir können mit Hilfe europäischer Gelder unsere Infrastruktur verbessern und unsere Studenten verbringen ein oder zwei Semester an Universitäten in ganz Europa. Außerdem können wir jetzt auch Verantwortung für die Gestaltung Europas, für unsere gemeinsame Zukunft übernehmen.

Wir können die Grenze zwischen der Tschechischen Republik und der Slowakei reibungslos ohne Zwischenstopp überqueren. Es ist so, wie es in der Tschechoslowakei war. Wir halten es ganz schnell für normal und merken dabei überhaupt nicht, dass das alles ohne die EU und ohne das Schengen-Abkommen nicht möglich gewesen wäre.

Doch andererseits, wenn ich gefragt werden würde, ob die EU ihre Grenzen erreicht hat, was ja ein Thema dieser Konferenz ist, muss ich kritischer sein. Lassen Sie mich zunächst betonen, dass diese Grenzen nicht anhand der gängigen Unzufriedenheit oder Abneigung der Wähler hinsichtlich des Integrationsprojekts oder anhand der fehlenden Courage von Politikern vor dieser oder jener Wahl in einem bestimmten Land gemessen werden können.

Da sind andere Faktoren im Spiel. Es gibt da auch eine interne Dynamik. Da sind die Bedürfnisse der Wirtschaft und des gemeinsamen Marktes, da ist die Rolle, die Europa weltweit in der Zukunft und im globalen Wettbewerb spielen möchte oder spielen muss, da gibt es eine gemeinsame Geschichte, und es gibt geschichtliche Lektionen und die Bedürfnisse und Erfahrungen anderer Länder und Regionen mit der inneren Integration. Da gibt es eine Geschichte von US-Amerikanischem und kanadischem Föderalismus. Da gibt es eine Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft, da gibt es die Geschichte der deutschen

Wiedervereinigung und der Bundesrepublik, und sogar Österreich besteht aus besonderen Landkreisen.

Doch die EU hat definitiv ihre „Grenzen“ bei etwas Anderem erreicht, was sehr wichtig ist. Europa ist ständig dabei, etwas festzulegen und dann wieder neu zu beraten. Es wird die eine oder andere Sache repariert, viel zu häufig und oftmals recht chaotisch in letzter Minute, und dann wird es wieder neu festgelegt in einem niemals endenden Marathon von Krisensitzungen, die bis in die Nacht hinein gehen.

Wie bereits mehrfach gesagt worden ist, versucht die EU - insbesondere seit der globalen Finanzkrise 2008 - die Probleme auszusitzen. Oft wird nur improvisiert. Die EU benimmt sich wie ein Feuerwehrmann, der nur darauf bedacht ist, das Feuer zu löschen, sich aber nicht genug um die langfristige Vermeidung kümmert, und sich auch nicht auf die Zuverlässigkeit einer sicheren Struktur konzentriert. Die komplizierte schrittweise Suche nach einem Konsens, die zum Status Quo geworden ist, funktioniert nicht.

Der EU-Integration fehlt es an einer eindeutigen Vision, es fehlt eine Mission, es fehlen klare globale Ziele, eine strategische Planung und manchmal in irgendeiner Hinsicht fehlt der Sinn für den Zweck. Mit anderen Worten, immer mehr Bürger wissen nicht, in welche Richtung die EU steuert und was sie in Zukunft erreichen möchte. Manchmal scheint es so, als ob uns die Bürger egal sind oder wir nicht an sie denken.

Zusätzlich, sehen Sie sich das Problem der Ukraine an. Hier zeigen sich viele Parallelen zu den Problemen der Eurozone und auch sogar zu den Problemen der Energieunion und der Migration, wie es Mangel an Vision und Entschlossenheit betrifft.

Die EU hat der Ukraine ein sehr oberflächliches Assoziierungsabkommen angeboten. Ich befürchte, dass es bis zu einem gewissen Grad das Ergebnis eines bürokratischen Automatismus war, ohne es ernst zu meinen und ohne eine wirklich tiefgreifende Überzeugung oder einen echten politischen Willen, und ohne eine wirkliche Kosten-Nutzen-Analyse. Wird die EU jemals

gewillt sein, ihre Märkte für ukrainische Agrarprodukte zu öffnen? Für einen Zustrom von ukrainischen Arbeitskräften? Ich befürchte, dass sie noch nicht einmal gewillt ist, die Ukraine finanziell in Form eines neuen Marshall-Plans in wesentlichem Maße und auch sinnvoll zu unterstützen.

Es überrascht nicht, dass die Ukrainer dieses Angebot ernst genommen haben und nach wie vor glauben, dass die EU wirklich gewillt ist, sie ab einem gewissen Punkt miteinzubeziehen. Das Bestreben der Ukrainer, sich von Korruption und Kleptokratie freizumachen ist durchaus aufrichtig, doch ich befürchte, dass die EU bereits begonnen hat, zu zögern.

Die russische Führung hat dies als Chance gesehen, weil die EU keinen brauchbaren und starken Plan hat. Die EU und die EU-Politiker handeln einen Waffenstillstand aus, der nicht eingehalten wird, also wird der nächste Waffenstillstand arrangiert usw. Doch eine Feuerpause ist keine Lösung. Ich sage es noch einmal, es gibt keinen eindeutigen langfristigen Plan, oder ein Ziel oder eine Vision. Unter Berücksichtigung der historischen Gegebenheiten hätte die EU der Ukraine zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit JA sagen müssen, aber zur Vollmitgliedschaft NEIN.

Der EU fehlt es auch an anderen Werkzeugen, und so hat sie auf Sanktionen zurückgegriffen, als es keine anderen Optionen gab. Doch wie wird die Antwort heißen, wenn der Ölpreis rapide ansteigt und Russland wieder stark und wohlhabend wird? Weiß die EU, was zu tun ist? Die EU muss ehrgeiziger werden und sollte sich um eine Außen- und Sicherheitspolitik bemühen, die effektiv und zukunftsweisend ist.

Dann gibt es da noch das Problem mit der Eurozone. Es wird ständig improvisiert mit Paketen und Hilfen für Griechenland und seine Gläubiger, doch es gibt noch immer keine Regeln und keine passenden Verfahren für einen ordnungsgemäßen Konkurs innerhalb der Währungsunion. Es muss eindeutig festgelegt werden, was mit einem Staat passiert, der innerhalb der Währungsunion Konkurs geht. Derzeit wissen wir es nicht. Muss ein solcher Staat die

Währungsunion verlassen oder kann er Mitglied bleiben? So entsteht Unsicherheit. Wussten Sie, dass Griechenland bereits 4 Mal in den letzten 200 Jahren Bankrott gegangen ist?

Ähnlich ist es mit der Energieunion. Es wird viel geredet über die Energieunion und Energiesicherheit, doch die gemeinsame europäische Energiepolitik kommt nicht wirklich voran.

Es gibt voneinander getrennte Energiestrategien, doch für eine wirkliche Energieunion muss man eine gemeinsame europäische Strategie haben. Nur dann könnte es individuelle nationale Strategie geben, die die gemeinsame ergänzen, doch das scheint ein ferner Traum zu sein. Fürs Erste haben wir Bemühungen, Märkte miteinander zu verbinden, doch ein Energiemix ist eine rein nationale Angelegenheit. Andererseits verstehen wir, dass die Energieunion sich noch im Geburtsprozess befindet, und so begrüßen wir diesen und freuen uns, dass wir uns an der Realisation beteiligen werden.

Wenn wir nun die Migration und die Flüchtlingskrise betrachten, so redet man über Quoten und verwirft diese wieder, doch wo ist die langfristige Strategie und wo ist die wirklich tiefgreifende Diskussion über europäische Werte, über die Offenheit, Solidarität und eine angemessene kulturelle und religiöse Integration? Seit einiger Zeit wissen wir von dem gescheiterten Staat in Libyen, der Katastrophe in Syrien und vollen Camps in Italien, doch eine wirkliche Lösung kann nicht aus der bürokratischen Umverteilung von Flüchtlingen bestehen, sondern sollte eine Vision und eine Strategie mit effektiven und realistischen Maßnahmen beinhalten. Dies gilt für die allgemeine Außen- und Sicherheitspolitik, die Asylpolitik, die humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe, Kapazitäten im Mittelmeer, den Kampf gegen den Menschenhandel etc.

Wir müssen Schengen schützen und wir müssen den Schutz der Schengener Außengrenzen dramatisch verstärken. Länder wie Italien und Griechenland müssen ein effektives System haben, um politische Flüchtlinge zu selektieren, und die EU muss lernen, wie man mit den Wirtschaftsflüchtlingen umgeht. Die organisierte Kriminalität muss sowohl in Afrika als auch in Europa bekämpft werden, und die illegale

Einfuhr darf nicht toleriert werden.

Lassen Sie uns jetzt TTIP betrachten. Einmal mehr gilt, dass die EU ihren Bürgern erklären muss, worin der Zweck und das strategische Ziel all dessen besteht, und was die Mission von TTIP ist. Ansonsten wird sich der unselige Verdacht, dass es nur für das Wachstum multinationaler Unternehmen gut ist, verstärken. Wir können nicht einfach sagen, dass der Zweck in freiem Handel besteht, sondern die Menschen müssen wissen, warum der freie Handel für sie gut ist und ein Gefühl dafür entwickeln, wer die Gewinner sein werden. Es mangelt an einer echten Diskussion und an der Beteiligung der Öffentlichkeit in dieser Frage.

Viele Länder haben Schulden, trotzdem lösen sie nicht die Probleme, aufgrund derer sie Geld verlieren. Fast 180 Mrd. Euro gehen jedes Jahr innerhalb der EU an Mehrwertsteuer verloren. Diese Summe ist höher als der EU-Haushalt. Einige EU-Länder sind nicht in der Lage, mehr als 25 % ihrer Mehrwertsteuereinnahmen einzusammeln. Ein Großteil des Mehrwertsteuerbetrugs könnte leicht durch die Einführung eines Reverse-Charge-Verfahrens auf eine große Bandbreite von Rohstoffen eingedämmt werden.

Die EU analysiert dieses offensichtliche Problem seit Jahren. Wir würden gerne zusammen mit Österreich in dieser Frage die Federführung übernehmen, um dieses Problem schnell und effizient zu lösen. Bisher sind unsere Bemühungen nicht gern gesehen worden, da es den technischen Ansichten der EU einfach an gesundem Menschenverstand fehlt. Wir hoffen, dass sich dies ändern wird. Europa braucht nicht nur hinsichtlich der Besteuerung mehr gesunden Menschenverstand.

Wir sehen es als dringend an, einen schnellen Progress bei der Betrugsbekämpfung voranzutreiben. Wir können einfach nicht länger über die bestehende Existenz den Niedrigsteuerländer, einschließlich einigen Territorien, die zur EU gehören, hinwegsehen. Nicht zu erwähnen sehr spezifische Wege der Besteuerung von Tochtergesellschaften in einigen EU Länder.

Lassen Sie mich abschließend betonen, dass wir, die politischen Führer in Europa es in der Hand haben, mehr zu tun, als zu debattieren - auch wenn die Debatte notwendig ist. Es gilt, gebrochenen Einrichtungen wieder auf die Beine zu helfen, und nicht nur einfach langfristige Ziele für Europa zu definieren, sondern Maßnahmen zu ihrer Umsetzung zu ergreifen. Vielleicht sollten wir weniger ambitionierte Ziele ins Auge fassen, solche, die wir auch erreichen können. Die Geschichte der EU hat uns einige dieser unrealistischen Ziele vor Augen geführt - wie zum Beispiel die Lissabon-Strategie mit ihrer Quote von 40 % an Universitätsabgängern in einer Bevölkerung pro Jahr, was zu einem Mangel an qualifizierten Facharbeitern geführt hat. Lassen Sie uns eine solidere institutionelle Architektur aufbauen und unsere Wähler von ihrer Nützlichkeit überzeugen. Wir sind bereit für den Fortschritt.

Ich selbst würde gerne sehen, dass sowohl mein Land als auch Europa von unseren bürokratischen Fesseln befreit wird. Ich werde oft kritisiert, dass ich die Regierung oder das Ministerium wie ein Unternehmen führen möchte, doch ich habe festgestellt, dass das gänzlich unmöglich ist. Ich bestehe weiterhin darauf, dass bestimmte Aspekte möglich SIND. Das ist der Fall beim Mehrheitswahlrecht mit einer Ein-Parteien-Regierung. Eine solche Regierung, die in freien demokratischen Wahlen gewählt wurde, ist sicherlich entschlossener als eine Koalitionsregierung, und die Verantwortlichkeiten für die Handlungen der Regierung sind eindeutig im Gegensatz zu einer Koalitionsregierung.-Lassen wir die Wähler selbst nach vier Jahren demokratisch bewerten, ob und wie erfolgreich die Regierung war, und Sie werden das bei den nächsten Wahlen streng markieren. Wenn die Regierung ihren Job nicht schafft, sicherlich bekommt die Chance weitere Regierung und wird auch die volle Verantwortlichkeit dafür tragen. Nur so kann man wirklich flexibel und mit einer klaren Vorstellung weitergehen.

In privaten Unternehmen wird Verschwendung nicht geduldet. Man muss sich auf den gesunden Menschenverstand und die Problemlösungen konzentrieren, statt auf endlose politische Diskussionen, die nur Verzögerungen hervorrufen.

Es sollten Menschen Politik machen, die der Gesellschaft mit ihren Errungenschaften etwas zu bieten haben. Menschen, die einen Beitrag leisten können und die in ihrem Berufsleben so gefestigt sind, dass Geld und Besitz für sie zu keinem Abgott werden. Die Menschen, die in die Politik gehen, sollten dies tun, um den Bürgern und ihrem Land und nicht sich selbst zu dienen.

Wir möchten eine Diskussion über die realen Probleme der zukünftigen Entwicklung der EU, nicht nur auf politischer Ebene sondern auf der Ebene der Wirtschaftspolitik mit gesundem Menschenverstand.

Ich wünsche, dass die Politiker aus kleinen Mitgliedsländern auch einen wichtigen Beitrag in die gemeinsame europäische Zukunft leisten.

Ich möchte mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.